

Wo wohnortnahe Unterstufen fehlen – wer färbt die weißen Flecken in Österreichs Schullandschaft?

MAG. MARIA SCHÖNEGGER (maria.schoenegger@aon.at)



Die erweiterte Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft fordert die Errichtung von AHS-Langformen in jenen Bezirken Österreichs, in denen 10- bis 14-Jährige derzeit von diesem Angebot noch ausgeschlos-

sen ... Es ist sicherzustellen, dass über Strukturmaßnahmen wie Modellregionen oder Clusterbildung die Freiheit bei der Schulwahl nicht eingeschränkt wird. Im Sinne der Stärkung der Chancengerechtigkeit ist diese Forderung erneut an die Bundesregierung ergangen – nach einhelligem Beschluss zum ersten Mal an Bundeskanzler Sebastian Kurz, Vizekanzler Heinz-Christian Strache und BM Univ.-Professor Dr. Heinz Faßmann.

Von den 94 politischen Bezirken in Österreich haben neun keine AHS-Langform, drei davon liegen in der Steiermark: Deutschlandsberg, Murau und Südoststeiermark. Seit Jahrzehnten haben Eltern verhalten angefragt, warum es denn gerade in diesen Bezirken keine Alternative zur Hauptschule gäbe. Mit dem Aus für die Hauptschulen und der Schließung von Sonderschulen hat sich die Situation zugespitzt: Das Nachfolgemodell NMS und den Unterrichtsalltag in Inklusions-Klassen akzeptieren viele Eltern nicht. Die Vorteile, die von den Befürwortern beider Konzepte Land auf Land ab jahrelang getrommelt wurden, können sie für ihr Kind nicht erkennen. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Eltern, die ihren 10-jährigen täglich weite Strecken in das nächste Gymnasium in Tamsweg, Gleisdorf, Leibnitz oder Graz zumuten.

Die Hotspots im Kampf um Unterstufen

In Deutschlandsberg und Feldbach werden Eltern seit 2015 mit bis dahin unbekannter Vehemenz und Konsequenz an den ORG vorstellig und fordern von den Schulleitern Unterstützung für ihre Initiative zur Errichtung von Unterstufenklassen vor Ort. In Feldbach entsteht so die IG SOS (*Interessensgemeinschaft Südoststeirische Schulloffensive*), die mittlerweile auf einer eigenen Homepage (www.ig-sos.at) informiert.

Die Befürworter von Unterstufenklassen in Deutschlandsberg und Feldbach treten für die Kinder in der Region ein. Sie sollen – wie 10-Jährige in 93% aller politischen Bezirke in Österreich – nach der Volksschule auch die Chance auf Unterricht in einer wohnortnahen AHS haben. Politische Entscheidungsträger waren dafür bislang nicht zu gewinnen. Ideologische Fixierung auf die gemeinsame Schule in der Sekundarstufe 1 und mangelnde Courage im Umgang mit der eigenen Klientel scheinen es den Verantwortlichen schwer zu machen, der sachlich gerechtfertigten Forderung nachzukommen.

Kafkaeske Reaktionen

Im LSR für Stmk. wird dem Sprecher der Deutschlandsberger Elterninitiative mitgeteilt, dass ihre Forderung erst an das BMB weitergeleitet wird, wenn das BMB vorab seine Zustimmung signalisiere. Das BMB wiederum erklärt, grundsätzlich müsse zuerst

ein Antrag aus dem LSR vorliegen. Der Elternsprecher schaltet die Volksanwaltschaft ein. Die Volksanwaltschaft führt das Verfahren durch, anerkennt die Beschwerde und erteilt der (damals) zuständigen Ministerin die Empfehlung, die Errichtung einer AHS-Langform in Deutschlandsberg in Angriff zu nehmen. Der Appell bleibt wirkungslos.

Anfang Mai 2018 hat die Volksanwaltschaft ihren Bericht an das Parlament über die Prüftätigkeit im Jahr 2017 online gestellt. Im Ministerium tragen jetzt andere die Verantwortung, im Landeschulrat dürfte der Bericht wenig Freude bereiten. Der Volksanwaltschaft zufolge habe man im LSR für Stmk. das Anliegen der Deutschlandsberger Initiative am 3. März 2016 unterstützend an das Ministerium weitergeleitet. Von *benachteiligten Kindern*, vom Widerspruch zum *Recht auf Chancengleichheit*, von *Diskriminierung* und immer größer werdendem *Druck der Elternschaft* ist in der erweiterten Begründung aus dem LSR zu lesen. Acht Monate später vertritt man im LSR, ohne eine nachvollziehbare Erklärung zu liefern, eine völlig gegenläufige Position: Es wird darauf hingewiesen, dass ... *die bestehenden Neuen Mittelschulen durch flexible Differenzierungsmaßnahmen ... die bestmögliche Förderung aller SchülerInnen anstreben. Zusätzlich würde die Einführung einer AHS-Unterstufe die Schließung einer der beiden Neuen Mittelschulen in der Stadt Deutschlandsberg nach sich ziehen und wahrscheinlich auch die BMHS-Schulformen des Schulzentrums – bis zu einer möglichen Schließung – schwächen.*

Fortsetzung auf Seite 2

www.bildungswissenschaft.at

Die seriöse Quelle für bildungswissenschaftliche Literatur:

- permanent aktualisiert
- übersichtlich gestaltet
- neuer umfangreicher Statistikeil

Von „ExpertInnen“ gefürchtet, von Fachleuten und PraktikerInnen empfohlen!

Fortsetzung von Seite 1

Die BMHS wird – wider aller Vernunft – mit diesem Stil ins Boot geholt und insbesondere in Feldbach gegen die Forderungen der IG SOS in Stellung gebracht. Die „flexiblen Differenzierungsmaßnahmen“ an den NMS haben das verlorene Vertrauen besorgter Eltern seither aber nicht zurückgewinnen können.

Hoffen auf die neue Bundesregierung

Nationalratsabgeordnete aller Parteien und die neuen Regierungsmitglieder werden kontaktiert. Als öffentlich wird, dass sowohl der Direktor des BORG Feldbach als auch die Direktorin des BORG Deutschlandsberg Eingaben gemacht haben, erhalten die beiden Post aus dem Landesschulrat. Sie werden auf die Möglichkeit hingewiesen, Anliegen zur Standortentwicklung mit der zuständigen Schulbehörde zu erörtern. Das geschieht nachweislich seit 2015!

Und seit nunmehr drei Jahren blockiert die zuständige Schulbehörde. Sie sähe lieber eine *Gymnasialklasse* pro Jahrgang an jeder NMS in der Verantwortung der ORG-Leitung als zwei Unterstufenklassen pro Jahrgang an den ORG-Standorten.

Die Eltern allerdings haben **genug von bildungspolitischen Täuschungsmanövern**. An die Regierungsparteien richten sie diese Fragen:

- Wird Bundesminister Faßmann genauso enttäuscht sein wie seine Vorgängerinnen?
- Will die ÖVP ihr Klientel auf Kosten der Chancengerechtigkeit für Kinder in den betroffenen Bezirken schützen?
- Will die Regierung zulassen, dass Privatschulen errichtet werden, um die vorhandenen Lücken im öffentlichen Schulwesen zu schließen? Wie steht es dabei um ihr soziales Gewissen?
- Schaut die FPÖ zu oder wird sie ihrer Verantwortung als neue Regierungspartei gerecht?

Retourogang

MAG. HERBERT WEISS (herbert.weiss@oepu.at)



Vor einigen Monaten wurde ich von manchem dafür kritisiert, dass ich die damalige Bildungsministerin in einem Interview dazu aufgefordert hatte, den Retourogang einzulegen. Dabei wollte ich sie gar nicht dazu bewegen, alle Reformen der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte zurückzunehmen, auch wenn ich nur bei wenigen wirklich einen Sinn erkennen kann. Ich wollte sie eigentlich nur zum Nachdenken anregen, ob manche Wege, die man als Bildungsreform bezeichnet hatte, nicht in eine Sackgasse geführt haben. Meine Aufforderung ging damals gar nicht so weit wie die Einschätzung vieler, zu denen bei weitem nicht nur LehrerInnen gehören. Sehr viele sehen nämlich die Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte dafür verantwortlich, dass Österreichs Schulwesen ins Schleudern gekommen oder gar von der Fahrbahn des Erfolgs abgekommen ist.

Umso mehr freut es mich, dass der Wechsel an der Spitze des Bildungsministeriums ein Umdenken gebracht hat, das Kritiker gerne als Rückschritt bezeichnen.

In Wahrheit bedeuten die Schritte längst nötige Kurskorrekturen im Sinn unserer Jugend. Ganz ohne die Verwendung des Retourogangs wird man aber weder aus einer Sackgasse noch aus dem Straßengraben wieder herauskommen, wenn man sich nicht auf die Hilfe von anderen verlassen will. Einige der endlich erfolgten Kurskorrekturen möchte ich hier aufzählen:

- Ermöglichung der Verschiebung der NOST bis zum Schuljahr 2021/22
- Schaffung einer Ausstiegsmöglichkeit aus der NOST
- Schaffung von pädagogischen Freiräumen für jene Schulen, die die NOST verschoben haben oder wie-

der aus ihr ausgestiegen sind, dadurch, dass dort die Schulstufen jeweils nur ein (Zahlwort) Kompetenzmodul bilden. Lehrkräfte von Schulen und Klassen, die nicht von der NOST betroffen sind, sind demnach aus dem engen Korsett der Semestergliederung befreit und können Lehrplaninhalte der beiden Semester eines Schuljahres weiterhin auf das Schuljahr verteilen.

- Abschaffung der Klassenforen in den AHS-Unterstufen, noch bevor die durch das Bildungsreformgesetz 2017 geschaffene „Innovation“ umgesetzt gewesen wäre. Nebenbei sei bemerkt, dass die Klassenforen in der AHS von keinem der Schulpartner für sinnvoll gehalten wurden.

Punkte, in denen ich mir in nächster Zeit ein Umdenken erhoffe, könnte ich viele aufzählen, beschränke mich hier auf die mir wichtigsten:

- Eine Neuregelung für die Induktionsphase im neuen LehrerInnendienstrecht, die sich im Idealfall am derzeitigen Unterrichtspraktikum orientiert
- Mehr SozialarbeiterInnen, PsychologInnen und weiteres Supportpersonal für unsere Schulen
- Ehrliche, ergebnisoffene Evaluationen von Reformen unter Einbindung der Betroffenen
- Einbindung der Betroffenen schon bei der Entwicklung von Reformen

Alle genannten Schritte, egal ob schon geplant oder noch erhofft, werden sich ohne gemeinsame Anstrengungen nicht verwirklichen lassen. Wir LehrerInnen werden jedenfalls gerne kräftig anschieben. Mit Muskelkraft alleine wird es aber angesichts der vielen Sackgassen und Straßengraben nicht gehen. Unser Schulsystem braucht unbedingt auch mehr Treibstoff, für den genug Geld vorhanden wäre, würde man unserem Schulwesen einen fairen Anteil am Gesamtbudget gönnen.

Mixed Volleyball Turnier der steirischen AHS

OSTR MAG. INGRID RUMPF (rumpf.ingrid@gmail.com)

Immer wieder neue Teams!

Zum achten Mal organisierte die ÖPU das traditionell am Mittwoch vor Ostern stattfindende Lehrer-Volleyballturnier. Heuer nahmen daran zwölf Mannschaften teil, drei davon zum ersten Mal. Das Niveau ist enorm gestiegen, das Alter der TeilnehmerInnen enorm gesunken.

Trotz sportlichem Ehrgeiz ist der gesellige Teil nicht zu kurz gekommen. Bei Brötchen und Getränken tauschten sich die SpielerInnen nach der Vorrunde untereinander aus.



Gestärkt ging es in die Hauptrunde, in der sich das Team „Flying Circus“ vom BG/BRG Kepler vor dem Team „Sister Anna’s Warriors“ durchsetzte.

Die schönen Preise bei der Siegerehrung sowie auch der nicht zu übersehende Teamgeist der Mannschaften sollten Anreiz für die Teilnahme am nächsten Turnier sein, das am 10. April 2019 stattfinden wird. Die ÖPU bedankt sich bei allen Schulleiterinnen und Schulleitern, die ihrem Team die Teilnahme ermöglichten.

„Induktionsphase“: Der einsame Sprung ins kalte Wasser

MAG. MARKUS KERSCHBAUMER (markus.kerschbaumer@gym-kirchengasse.at)



Ab dem Schuljahr 2019/20 ist das Unterrichtspraktikum in der bisherigen Form Geschichte. Die neue Lehrerbildung sieht stattdessen nur eine 12-monatige „Induktionsphase“ mit einem minimalen Beratungs- und Seminarangebot vor. Begründet wurde dies damit, dass es jetzt ja mehr Schulpraktika gebe. Wie absurd diese Argumentation ist, zeigt sich, wenn man andere Berufsgruppen als Vergleich heranzieht. Wer würde sein Auto einem Mechaniker überlassen, der neben der Berufsschule anstelle einer Lehre nur einige kurze „Praktika“ absolviert hat? Und wer möchte von einem Arzt behandelt werden, der nach dem Studium anstelle des Turnusdienstes bisher nur gelegentliche stundenweise Mitarbeit als Praxiserfahrung vorweisen kann? Fakt ist: Berufseinsteiger/innen brauchen eine *intensive* Begleitung und *fachkundiges* Feedback, um ihr volles Potential zu entfalten und um fit für diesen anspruchsvollen Beruf zu werden. Laut der Hattie-Studie zählen

die *Bewertung des Unterrichtsprozesses* sowie *qualifizierte Rückmeldungen* zu den allerwichtigsten Faktoren für erfolgreiches Lehren (Rang 4 bzw. 10). Kann ein nicht fachkundiger Mentor, der bis zu drei Berufseinsteiger gleichzeitig zu betreuen hat, ein derartiges Feedback anbieten? Und wie sieht es mit der Begleitung auf der persönlichen Ebene aus? Berufseinsteiger sollen sich in das komplexe soziale und organisatorische Gefüge einer Schule einarbeiten, sie sollen lernen, wie man Lernberaterin, Elterncoach, Staatsbediensteter, Aufsichtsperson, Jugendbetreuerin, Projektmanager und vieles mehr wird, und nicht zuletzt sollen sie lernen, mit Stress und Zeitdruck umzugehen sowie ein kluges Zeitmanagement zu haben. Wie werden sie das bewältigen, wenn sie anstatt weniger Stunden eine halbe bis volle Lehrverpflichtung haben? Wie werden sie bei all dem begleitet, wenn die Mentor/innen selber voll unterrichten und für ihre verantwortungsvolle Aufgabe nur eine geringfügige Aufwandsentschädigung erhalten? Hier sehe ich dringenden (Ver-)Handlungsbedarf.

Wie man nicht mit Bildungsstandards umgeht

MAG. MARKUS KERSCHBAUMER (markus.kerschbaumer@gym-kirchengasse.at)



Was passiert, wenn an einer Schule die Ergebnisse der Bildungsstandards-Überprüfung unterdurchschnittlich ausfallen? Wird das Ergebnis in der Schulgemeinschaft analysiert, wird mit Schülern, Eltern, Lehrern darüber gesprochen? Nein.

Alles, was der Schulbehörde dazu einfällt, ist: Alle Lehrer/innen des betreffenden Jahrgangs, unabhängig von den Detailergebnissen, zwangsweise zu Fortbildungen zu schicken.

Weil: Irgendwer muss ja schuld sein.

Weil: Irgendetwas muss man ja tun.

Weil: Es muss ja am Unterricht liegen, dass „die nichts können“.

Muss es wirklich?

Nach John Hattie ist die Lehrperson für rund 22% der Ergebnisse verantwortlich, weitere 18% entfallen auf den Unterricht. Was ist mit den restlichen 60%?

Warum werden Schüler/innen und Eltern nicht mit den Testergebnissen konfrontiert?

Eine seriöse Analyse hätte an der betreffenden Grazer Schule ganz andere Ursachen für die „schlechten“ Ergebnisse zutage gebracht. Zum Beispiel, dass der so genannte „faire Vergleich“ nicht wirklich fair ist, weil Kinder der Bildungsschicht oft ihre Zweisprachigkeit verbergen wollen und daher auch in Fragebögen nicht angeben. Und dass die schlechteren Durchschnittsergebnisse auf einige wenige Probanden zurückzuführen sind, die besonders schlecht abgeschnitten haben.

Indem man nur die Durchschnittswerte diskutiert, bestraft man die Schulen de facto dafür, dass sie Inklusion betreiben mit Jugendlichen, die Teilleistungsschwächen haben. Jene Schulen, die alle Schwächeren gnadenlos hinausprüfen, werden nach diesem System hingegen belohnt. Das aber liegt in niemandes Interesse. Es braucht daher dringend einen Diskussionsprozess, damit etwas mehr Sensibilität und Vernunft im Umgang mit solchen Daten einkehrt.

Mit Zwangsschulungen als einziger Hilfslosigkeiteste wird man nichts verbessern. Am wenigsten die Leistung und Motivation der Lehrenden, die sich als Sündenböcke fühlen.

Frühjahrstagung in St. Lambrecht

MAG. CHRISTA POSPISCHIL
(christa.pospischil@gmail.com)



Im Rahmen der diesjährigen Frühjahrstagung, zu der Landesobmann Christopher Drexler Vorsitzende und Funktionäre aus dem steirischen ÖAAB vor wenigen Wochen nach St. Lambrecht im Murtal einlud, konnten wichtige Informationen ausgetauscht und wertvolle Kontakte geknüpft werden.

Mit großem Interesse wurden die Ausführungen der hochkarätigen GastreferentInnen verfolgt: So erläuterte RH-Präsidentin Margit Kraker die komplexe Struktur der Finanzkontrolle und stellte die Aufgaben der Rechnungshöfe näher vor. Unter dem Motto „Frauen fördern, Jugend hören, Familien entlasten“ präsentierte BM Juliane Bogner-Strauß ihre Schwerpunkte. Dabei verwies sie auf die gute Zusammenarbeit mit BM Heinz Faßmann und BK Sebastian Kurz, und zeigte in ihrem freien Vortrag, dass sie Medien und Opposition sachlich fundiert und mit geprüften Fakten und Zahlen sicher entgegnet werden kann. In der anschließenden Diskussion im Plenum war es mir möglich, die Ministerin zu ersuchen, sich trotz oppositionellen Getöses nicht von der Idee der Deutschförderklassen abbringen zu lassen. Darüber hinaus müsse die Lektüre der wichtigsten deutschsprachigen Werke schon mit der Kinderliteratur beginnen und integrativer Bestandteil derartiger Schulungen sein, um die gesellschaftspolitischen und ethisch-re-

Fortsetzung auf Seite 4

IMPRESSUM

Herausgeber und Verleger: ÖPU-Steiermark (OFFENSIV – PROFESSIONELL – UNABHÄNGIG).
Kontaktadresse: BORG Monsberggasse 16, 8010 Graz.
Druck: Offsetdruck Bernd Dorrang e.U., Graz

Die ÖPU (OFFENSIV – PROFESSIONELL – UNABHÄNGIG) ist eine Interessengemeinschaft, deren Prinzipien und grundsätzliche Anliegen im schulpolitischen Geschehen eine gemeinsame Basis bilden. Die drei Organisationen (FCG, VCL, ÖAAB) arbeiten unabhängig voneinander – jedoch im Sinne der sie in der ÖPU verbindenden Zielsetzungen, nämlich der Kollegenschaft optimale Betreuung in ihrem Berufsleben zukommen zu lassen. Die Unterstützung der ÖPU bedeutet keine parteipolitische Positionierung, sondern ist Ausdruck der Förderung einer Interessenvertretung, die zum differenzierten Schulwesen steht und in ihm das Gymnasium durch kontinuierliche Weiterentwicklung auf Erfolgskurs halten will.

Fortsetzung von Seite 3

ligjösen Werthaltungen sowohl der österreichischen als auch der europäischen Kultur zu vermitteln. DI Stefan Rohringer, Leiter des Development Centers Graz von Infineon Technologies Austria, berichtete von der hohen Forschungsquote, mit der die Steiermark europaweit im Spitzenfeld liege. Probleme gebe es jedoch hinsichtlich vieler offener Stellen von der Entwicklung bis zur Produktion. In diesem Zusammenhang verwies ich auf die immer größer werdende Zahl jener AHS-AbsolventInnen, die sich nicht gleich für ein Studium entscheiden wollen. In Abstimmung mit den jeweiligen Schulen wäre mit diesen jungen Menschen wertvolles Potenzial vorhanden.

Zusammenfassend darf ich feststellen, dass es die Stärke der ÖPU ist, über ihre Teilorganisationen wertvolle Netzwerke zu haben und weitere zu bauen. Mit Politik und Wirtschaft in regem, ja engem Austausch zu bleiben, ist eine wichtige Grundvoraussetzung, wollen wir als PädagogInnen an der Bildungsdiskussion teilhaben. Dass es bildungspolitisch zu einem deutlichen Umdenken gekommen ist, ist sehr erfreulich und dem unermüdeten Einsatz, besonders aber dem erfolgreichen Netzwerken unserer Landesvertretung zu verdanken. Ihnen allen einen erfolgreichen Schulschluss und erholsame Ferien!

Ein Plädoyer für schriftliche Mitarbeitersfeststellungen

MAG. ALEXANDER VORMAYR (alexander.vormayr@liwest.at)



„Ich mache doch alle Hausübungen, störe den Unterricht nicht und zeige eh immer brav auf, also warum habe ich als Mitarbeiternote kein Sehr gut?“ Jährlich grüßt das Murmeltier und ebenso jährlich findet die Notendiskussion statt. Klärung schafft in dieser Causa die LBVO, u. a. steht geschrieben: „Schriftliche Mitarbeitersleistungen“ sind gemäß § 4 Abs. 1 lit. a LBVO „in die Unterrichtsarbeit eingebundene schriftliche Leistungen“. Von wegen Hilfe – wie alle Gesetze leider nicht interpretationsresistent. Im großen Bildungsland Österreich unterscheiden sich die Auslegungen und Richtlinien von Bundesland zu Bundesland, von Landesschulrat zu Landesschulrat, Stichwort schriftliche Leistungsfeststellungen. Von verpönten zusätzlichen schriftlichen Bürden, bis hin zu erlaubten

Leistungsfeststellungen mit maximal zwei Fragestellungen, einer Höchstdauer von fünf Minuten und dem Lehrstoff der beiden letzten Unterrichtseinheiten. Welche Vorteile haben schriftliche Mitarbeitersfeststellungen? Sie vereinfachen nicht nur die Begründung der Mitarbeiternote, sondern liefern der Lehrkraft ein Feedback über den Leistungsstand bzw. den Verstehensgrad der Schülerinnen und Schüler. Schüchterne und „brave“ Schülerinnen und Schüler bzw. solche, welche sich in ihrem Klassenumfeld nicht trauen, Wissen preiszugeben, können mithilfe von schriftlichen Mitarbeitersfeststellungen ihre Leistung erbringen. Für Schülerinnen und Schüler wird die Mitarbeiternote nachvollziehbarer und mehr Transparenz ist gegeben. Bulimie-Lernen, ausgelöst durch wenige große punktuelle Überprüfungen (Schularbeiten), reduziert sich, da kontinuierliches Lernen, extrinsisch motiviert durch kontinuierliche schriftliche Mitarbeitersfeststellungen, dem entgegenwirkt. Nicht umsonst ist die kontinuierliche der punktuelle Leistungsfeststellung bei der Beurteilung vorzuziehen.



Reifeprüfungstaxen

MAG. HARALD PENNITZ (pennitz@borg1.at)

Wie jedes Jahr – die wichtigsten **Reifeprüfungstaxen** samt Tabelle zum Ausrechnen:

	Taxen ab 1.9.2017	Anzahl	Gesamt
Vorsitzender (aliquoter Anteil je Teilprüfung)	2,1		
Schulleiter (aliquoter Anteil je Teilprüfung)	1,7		
Klassenvorstand (aliquoter Anteil je Teilprüfung)	1,7		
schr. Prüfung (nicht standardisiert)	21,7		
schr. Prüfung (standardisiert)	12,1		
mündliche Prüfung	12,1		
Beisitzer (bei mdl. Prüfung)	6,2		
mündliche Kompensationsprüfung	12,1		
pflichtige Vorprüfung mündl.	12,1		
pflichtige Vorprüfung, schriftl./prakt.	21,7		
pflichtige Vorprüfung, Vorsitzender	9,7		
Vorwissenschaftliche Arbeit (Betreuung)	245,1		
VWA: Korrektur, Präsentation, Diskussion	33,5		
Vorbereitung auf die mdl. RP (pro Stunde)	62,4		
		Summe:	

Vorbereitungsstunden für die mündliche Reifeprüfung: Pro Gegenstand kann klassenübergreifend für bis zu 20 Schüler/innen eine Gruppe mit maximal vier Stunden gebildet werden, ab dem 21. Schüler in demselben Gegenstand eine zweite Gruppe.

Die Prüfungstaxen für die Vorsitzenden, Schulleiter und Klassenvorstände werden **aliquotiert verrechnet**, also pro Teilprüfung des jeweiligen Schülers der aliquote Anteil.

Die Abgeltung für den **Unterricht in den Abschlussklassen** endete heuer am 6. Mai. Da die schriftliche Prüfung bereits am 3. Mai (Deutsch) begann, mussten die Abschlussklassen ab diesem Tag in Untis absent gesetzt werden. Aufsichtsstunden bei den Klausurarbeiten wurden abgegolten wie Einzelsupplierstunden.

Zeugnisdatum der Abschlussklassen war der letzte Schultag, also in den meisten Fällen der 02.05.2018.

Schulaufsicht neu

MAG. HANS ADAM (adam@borg1.at)



Im Zuge des Bildungsreformgesetzes, sprich des „Autonomiepaketes“, soll auch die Schulaufsicht neu geordnet werden. In der neu geschaffenen Bildungsdirektion mit der Bildungsdirektorin gibt es eine Präsidialabteilung und eine pädagogische Abteilung mit jeweils einer Leitung. Der Leiter (die Leiterin) der pädagogischen Abteilung leitet die gesamte Schulaufsicht, d. h. alle Schultypen. Jedes Bundesland wird dann noch in Bildungsregionen eingeteilt. In den Regionen soll die Schulaufsicht aller Schulformen vertreten sein und ein Vertreter ist der Leiter in der Region. Nun ist es jedermann verständlich, dass die Aufgaben der Schulaufsicht in der Volksschule sich von den Aufgaben in den höheren Schulen unterscheiden. Die Schulaufsicht muss mit den Besonderheiten des jeweiligen Schultyps vertraut sein, denn die Lehrer und die Schulleitung benötigen kompetente Ansprechpartner. Das bisherige Modell der Schulaufsicht erfüllt diese Forderung. Daher besteht der dringende Wunsch, dass die Schulaufsicht weiterhin ein kompetenter Ansprechpartner für die Schulen bleibt.